

Bericht des Ältestenrates der Partei DIE LINKE

an die 1. Tagung des 5. Parteitages

Der vom Parteivorstand neu berufene Ältestenrat hat sich am 26. November 2015 in Potsdam konstituiert.

Die Parteivorsitzende Katja Kipping gratulierte den Mitgliedern und bekräftigte den Wunsch, gemäß der Satzung, dass der Ältestenrat den Parteivorstand beraten und sich an den öffentlich geführten Debatten in der Partei beteiligen sollte.

Als Schwerpunkte der nächsten Zeit sollte beachtet werden:

- Krisenstimmung und ein wachsendes Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung und die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft, Umverteilungsfrage
- Unterstützung der Friedenskonferenz am 18./19. März 2016,
- Mitwirkung bei der Vorbereitung des nächsten Parteitages im Mai 2016 in Magdeburg,
- Hilfe und Unterstützung der Strategiedebatte mit Angeboten an Linke in der SPD sowie deren Anhänger in der Wählerschaft.

Vor der Konstituierung fand auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag ein Gedankenaustausch statt. An dieser Diskussion nahmen teil:

- Christian Görke, Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg, Minister der Finanzen und Stellvertretender Ministerpräsident
- Ralf Christoffers, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Brandenburg
- Helmuth Markov, Minister der Justiz sowie Europa-Angelegenheiten und Verbraucherschutz

Angesichts der Niederlage der LINKEN bei den Landtagswahlen 2014 standen folgende Aufgaben im Zentrum der Debatte:

- Konsequentes Einstehen für ein soziales Brandenburg und Konzentration auf das Profil der Partei – vor allem mit Blick auf den Übergang zur Gemeinschaftsschule, auf die Bekämpfung der Kinderarmut und auf die Pflege-Offensive. Die angestrebte „Schwarze Null“ in der Einnahmen-Ausgaben-Bilanz des Landeshaushaltes darf notwendigen Investitionen nicht im Wege stehen – jedoch sind dafür auch Maßnahmen seitens des Bundes erforderlich.
- Soziale Politik muss auch weiter die Strategien für Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel prägen. Zwar entwickeln sich in Brandenburg unter Rot-Rot Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Einkommen der Bevölkerung in den letzten Jahren positiv, aber das Ost-West- und andere Gerechtigkeits-Gefälle sind nicht aus der Welt.
- Die konstruktive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bleibt eine Schlüsselfrage linker Regierungspolitik – sowohl mit den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, denen wir jetzt als Arbeitgeber gegenüberstehen, als auch mit den Industriegewerkschaften.
- Zentrale Herausforderung aktuell wie auch für die absehbare Zukunft sind die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge sowie die offensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.
- Als Erfahrung aus der Arbeit der Enquete-Kommission V/1 des Landtages wird die Partei DIE LINKE auch in Zukunft aktiv gegen die oftmals einseitige, tendenziöse DDR-Auseinandersetzung wirken.

- Wie DIE LINKE generell muss auch in Brandenburg die Partei wieder mehr im Alltag der Menschen spürbar und erlebbar sein. In diesem Sinne haben die Brandenburger Genossinnen und Genossen im Einsatz für Flüchtlinge gute Ergebnisse erzielt. Es geht aber darüber hinaus auch darum, eine lebendige, diskutierende, offenen Partei zu sein, die auch für junge Leute attraktiv ist. Man müsse weniger erklären und mehr Engagement fördern, hieß es.

Alles in allem braucht die Partei wieder mehr Selbstbewusstsein und Konfliktfähigkeit – nach außen wie nach innen.

Die danach zur Konstituierung des Ältestenrates geführte Diskussion ergab Übereinstimmung zu den angesprochenen Fragen und Problemen. Hans Modrow schlug ergänzend vor, dass der Ältestenrat gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Fragen der Gesellschaftstransformation und linker Strategien diskutieren könnte. Ein weiterer Schwerpunkt sollte sich mit der Entwicklung der Partei, des Gemeinsamen in ihr, die Erhöhung ihrer Attraktivität für junge Leute beschäftigen. Uns sollten die generationsübergreifenden Erfahrungen für die Auseinandersetzung mit den gewachsenen neonazistischen Gefahren und die Frage, wohin geht Deutschland?, interessieren. Luc Jochimsen schlug vor, von der Regierung zu fordern, einen Minister für Flüchtlingsangelegenheiten einzusetzen. Sie könnte sich vorstellen, dass dafür der Nahost- und Zentralasien-Experte, Jürgen Todenhöfer, die richtige Kandidatur wäre.

Gregor Schirmer regte an, dass sich der Ältestenrat mit der Grundsatzfrage „Quo vadis EU“ beschäftigen möge.

Der Parteivorstand hatte Hans Modrow erneut zum Vorsitzenden des Ältestenrates berufen. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Gretchen Binus, Christina Emmrich, Ursula Schumm-Garling und Wolfgang Grabowski gewählt. Als ständige Sekretärin ist Evelin Nowitzki tätig.

In seiner bisherigen Tätigkeit hat der Ältestenrat dem Parteivorstand einen Antrag zur weiteren Stärkung und Verbreitung der Solidarität mit Kuba vorgelegt. Kuba steht nach der Wiederaufnahme der seit 50 Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit den USA und dem Besuch des US-Präsidenten Barack Obama vor neuen, großen Herausforderungen. Während Kuba am revolutionären Prozess seiner sozialistischen Entwicklung festhält, bleiben auf Seiten der USA Bestrebungen um einen Wechsel in den gesellschaftlichen Verhältnissen in Kuba Ziel ihrer Politik.

Neuer Aufbruch mit Chancen für wachsende Stabilität in den gesellschaftlichen Bereichen, in Wirtschaft und Wissenschaft, in fester Verbundenheit aller Generationen lautet die Orientierung des 7. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas. Die Fraktion der Partei DIE LINKE sollte im Deutschen Bundestag und wo vertreten auch in den Landtagen Initiativen für Fortschritte in den Beziehungen zu Kuba eintreten. In Vereinbarung mit dem Parteivorstand bereitet der Ältestenrat und die AG Cuba Si für den Herbst 2016 eine Solidaritätskonferenz für Kuba vor.

Verbunden mit der Friedenskonferenz richtete der Ältestenrat die Aufmerksamkeit des Parteivorstandes auf die Möglichkeiten der Regierung der BRD nach der Bewerbung für den Vorsitz der OSZE im Jahre 2016 vertrauensbildend zu wirken und nicht Raum für Verschärfung von Gegensätzen zwischen den Mitgliedsstaaten frei zu geben.

Der deutsche OSZE-Vorsitz bietet die Chance zu einem Neustart für eine europäische Sicherheitspolitik. Die OSZE ist die einzige gesamteuropäische Organisation, die sich das Ziel gesetzt hat, einen gemeinsamen europäischen Sicherheitsraum zu gestalten. DIE LINKE ist herausgefordert, sich noch entschiedener für reale Schritte zur Sicherung und Erhaltung des Friedens und zur Vertrauensbildung an Stelle von Sanktionen einzusetzen.

Der Ältestenrat hat am 28. April seinen Bericht an den Parteitag beraten und bestätigt. Dem Parteitag liegen gemäß beschlossenen Zeitplan drei Leitanträge zur Beratung und Beschlussfassung vor. Außerhalb der demokratischen Regeln wird nun vor dem Parteitag ohne Debatte ein Dokument „Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“ als Vorschlag für eine offensivere Strategie der LINKEN in die Öffentlichkeit gebracht. Dieses Papier konterkariert selbst die Formel des Zuhörens.

Strategie und Politik werden von oben verkündet, kritische Analysen z. B. über die jüngsten Wahlergebnisse und den Wandlungsprozess in der bundesdeutschen und europäischen Gesellschaft gibt es nicht, konstruktiv-kritische Hinweise aus der Mitgliedschaft der Partei finden kaum Beachtung.

Der Ältestenrat richtet seinen Appell an den neuen Parteivorstand, eine Parteidiskussion mit allen Mitgliedern über Profil und Strategie der Partei DIE LINKE zu führen, die Ergebnisse darzustellen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Im Dezember 2016 wird die Europäische Linke Partei ihren Kongress in Berlin durchführen. Der Ältestenrat wird sich mit seinen Möglichkeiten an der Vorbereitung beteiligen.